

Lorenz Gertrud

Rufname Berta

5.6.1898, Troppau –

5.8.1970, Wien

Gertrud Albertine Lorenz wurde im schlesischen Troppau als Tochter von Antonia (*1874, geb. Binder) und Josef Alfred (*1866) Lorenz geboren. Die Eltern, die 1897 in Olmütz geheiratet hatten, bekamen nach Gertrud noch einen Sohn (*ca. 1901). Der Vater war Berufsoffizier in der k. u. k. Armee und verstarb 1902.¹ Die Mutter Antonia Lorenz zog mit den beiden kleinen Kindern nach Wien.

Hier besuchte Gertrud Lorenz die Lehrerinnenbildungsanstalt und legte 1918 die Reifeprüfung ab. Sie lebte in der Hütteldorfer Straße 124 im damaligen Wien-Hietzing und war ab 1918 nach Wien zuständig. Im Januar 1919 begann sie als Fürsorgerin in der Zentrale der Magistratsabteilung 14 (Jugendfürsorge) zu arbeiten. Das Definitivum erhielt sie 1922.

Sie war in der *Vereinigung der katholischen Fürsorgerinnen und Sozialbeamtinnen Österreichs* aktiv, u. a. war sie ab 1933 deren Vorsitzende.² Dieser Zusammenschluss war 1926 von #Berta Pichl und Absolventinnen ihrer Schule gegründet worden, und die Treffen fanden in den Räumlichkeiten der *Sozialen Frauenschule* statt.³

Im *Ständigen Ausschuss der katholischen Frauenberufsverbände* unter dem Vorsitz von #Dr. Alma Motzko waren mehrere katholische Verbände wie jener der Akademikerinnen, Lehrerinnen, Hausgehilfinnen, der christlichen Gewerkschaften und anderer vertreten. Dieser Ausschuss hatte 1935 im „Frauen-Kalender“ eine mehrseitige Stellungnahme zur Doppelverdienerverordnung veröffentlicht, die Gertrud Lorenz als eine von 23 Leitungspersonen von Berufsvereinigungen aus dem katholischen Umfeld für jene der Fürsorgerinnen und Sozialbeamtinnen unterzeichnet hatte.

1 Alle Personendaten der Familie aus dem Personalakt, WStLA.

2 Statuten der *Vereinigung der katholischen Fürsorgerinnen und Sozialbeamtinnen Österreichs*, Frauen in Bewegung 1848–1938, unterschrieben von Berta (Kurzform ihres zweiten Vornamens) Lorenz. Die Unterschrift in den Statuten ist optisch ident mit ihren Unterschriften im Personalakt. Vgl. DAW, Ordinariatsakten, Vereine, 5385, 1933.

3 Vgl. Veran 2012, 16.

Darin werden die „schweren Härten“ kritisiert, die durch den Abbau von Beamtinnen entstanden waren, sowie fehlende Ausnahmegestimmungen. Als besonders problematisch wurde der Abbau von Lehrerinnen und im Sozialdienst arbeitenden Frauen bezeichnet und gefordert, dass auf diese Weise freigewordene Stellen wieder von Frauen besetzt werden sollten. Ihr Alternativvorschlag zur zwangsweisen Pensionierung verheirateter Frauen war, alle älteren Beamt:innen geschlechterunabhängig zu pensionieren.⁴

Gertrud Lorenz trat im gleichen Jahr auch mit einem Vortrag an die Öffentlichkeit: Bei der 16. Fürsorgetagung der *Österreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik* zum Thema „Kindernot und Familie“ war sie eine der Redner:innen. Die ersten fünf Vorträge wurden von Professoren bzw. Doktoren zu verschiedenen Aspekten der „Volksermehrung“ gehalten, es folgten drei Beiträge aus der Fürsorge: #Hermine Jakobartl forderte am Beispiel des Mühlviertels bessere Fürsorgestrukturen am Land, #Minna Wolf-ring, Gründerin der *Mütter- und Kinderhilfe der Vaterländischen Front*, berichtete über den geplanten Ausbau der Mütterschulungen und Gertrud Lorenz sprach über die Probleme kinderreicher Familien in Wien. Sie hob hervor, dass von den etwa 30 000 Familien mit mehr als drei Kindern etwa 5 000 auf Unterstützung angewiesen seien, auch weitere Armutsgefährdete würden „ihre Kinder nur unter größten Opfern“ durchbringen.⁵

Im Mai 1938 erfolgte die zwangsweise Versetzung der Hauptfürsorgerin Gertrud Lorenz aus der Zentrale der M.Abt. 14 in das BJA Josefstadt. Nach 20-jähriger Dienstzeit war dies einerseits eine Verschlechterung bezüglich der Arbeitsbedingungen, da sie mehr Außendienste leisten musste, und andererseits hatte sie finanzielle Einbußen durch den Verlust der Überstundenpauschale, aber weiterhin ein monatliches Einkommen von etwa 420 RM. Wie sie im August 1938 im Fragebogen über die Herkunft der Familie und die Mitgliedschaften in politischen Vereinigungen auszufüllen hatte, gab sie neben den üblichen Organisationen wie der Vaterländischen Front von 1934 bis 1938 auch Mitgliedschaften bei der – inzwischen aufgelösten – *Vereinigung katholischer Fürsorge- und Sozialbeamten* sowie beim *Fachverein für Hauptfürsorgerinnen* sowie der *Reichsvereinigung der Fürsorgerinnen Österreichs* an, also den jeweiligen Interessensvertretungen für katholische, bzw. für Hauptfürsorgerinnen sowie der österreichweite Zusammenschluss der Fürsorgerinnen mit dem Ziel der Vernetzung und Weiterbildung.

4 Vgl. Ständiger Ausschuss der katholischen Frauenberufsverbände 1935.

5 o. A. 1935, 7.

DER REICHSTATTHALTER

AKTENZEICHEN: STK/I-28746

Betrifft: Massnahmen auf Grund der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums

An
Frau Gertrud Lorenz
 Hauptfürsorgerin d. Stadt Wien

W i e n 14.,
 Rütteldorferstrasse 124

Im Interesse des Dienstes werden Sie auf Grund des § 6 der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums vom 31. Mai 1938, RGBl. I S. 607, mit Ende des Monats **Februar 1939** in den Ruhestand versetzt.

Ein Rechtsmittel gegen diese Entscheidung steht Ihnen nicht zu.

Fdr.: 
 H-Unterstützungsführer

WIEN 1. DEN **15. Februar 1939.**
 BALLHAUSPLATZ 2
 FERNRUUF: 1/24-3-20

**Zur Entschädigung für den
 dortigen Dienstgebrauch**

I. V.
 Dr. Wächter e. h.

Magistrats-Abteilung 49

eingel. am: 23. FEB 1939
 mit: Bfg. 

3L:

*Schreiben des Reichstatthalters Dr. Wächter
 an Gertrud Lorenz, 15.2.1939, Personalakt.*

Gertrud Lorenz wurde mit Ende Februar 1939 wegen § 6 BBV gemäßregelt und zwangsweise in den Ruhestand versetzt.⁶ Danach erhielt sie nur noch knapp 200 RM monatliche Pension, mit einer geringfügigen Steigerung bis 1945. Die Kurzfristigkeit der Pensionierung traf sie unvorbereitet.⁷ Sie beschrieb sich retrospektiv als „betäubt“, da sie „immer damit gerechnet hatte, meine ganze Dienstzeit im Dienste der Stadt Wien hinzubringen“.⁸

Im Juni 1940 zog sie nach St. Peter in der Au im niederösterreichischen Bezirk Amstetten, wo sie im Herbst 1940 als Volksschullehrerin zu arbeiten begann, „mit Anfangsbezügen“, wie sie in ihrem Entschädigungsverfahren 1953 betont. Ab 1941 war sie in dem etwa zehn Kilometer entfernten Ort Ertl in der Gemeindeverwaltung tätig und erhielt dafür ein monatliches Entgelt von etwa 100 RM.⁹

6 Vgl. Reichsstatthalter Dr. Wächter an G. L., 15.2.1939, Personalakt.

7 G. L. erhielt die Information über ihre Zwangspensionierung am 25.2.1939.

8 G. L. an die M.Abt. 3, 29.1.1951, Personalakt.

9 Vgl. Schreiben des Bürgermeisters von St. Peter/Au an diverse Behörden, Personalakt.

Diese Ummeldung habe sie der Gauleitung verschwiegen. Wie sie 1951 erklärte, war dies um „den ‚Erfassungen‘ durch die Arbeitsämter und dergleichen“ und den „Schikanen des Regimes zu entgehen“.¹⁰ Sie war 1943 und 1944 wegen einer Fehlberechnung in Kontakt mit der Stadt Wien.¹¹

Lorenz wohnte weiterhin in St. Peter in der Au, wo 23 ungarische Zwangsarbeiter:innen untergebracht waren und später versteckt wurden. Es ist jedoch unklar, ob sie zu den aktiven Unterstützer:innen oder Mitwisser:innen im Dorf gehörte.¹² Ab Mai 1944 war sie als Kriegsaushilfskraft verpflichtet. Im September 1946 kehrte sie wieder als Volksschullehrerin nach St. Peter in der Au zurück.

Anfang 1951 wurde ihr vorgeworfen, unrechtmäßig parallel die Pension aus Wien und das Gehalt als Lehrerin in Niederösterreich bezogen zu haben. Sie argumentierte, die Stadt Wien über ihre neue Aufgabe informiert zu haben. Zudem würde die Summe beider Einnahmen nicht dem Einkommen gleichaltriger Kolleginnen des Jugendamts entsprechen. Da ihr 1945 eingereichtes Ansuchen um Wiedereinstellung in den Dienst der Stadt Wien nie beantwortet worden sei und ihre Wohnung in Wien kriegsbeschädigt und unbewohnbar gewesen war, sei sie in St. Peter in der Au geblieben.

Am Ende des Schreibens betonte sie, dass sie immer noch „in meiner Ehre empfindlich gekränkt“ sei, da sie nach ihrer Tätigkeit „im Jugendamte mit seinem schweren Dienst ohne Grund weggejagt wurde, ohne dass mir dagegen ein Rechtsmittel zustand“.¹³ Im Zuge der Ermittlungen wurde ihre Meldung, dass sie in Niederösterreich arbeite, gefunden, daher erhielt sie weiterhin die Pension aus Wien. In den 1950er Jahren erhielt sie die übliche Beamtenentschädigung. Etwa 1958 ging sie als Volksschullehrerin in St. Peter in der Au in Pension und lebte danach in Wien, wo sie 1970 starb.

10 G. L. an die M.Abt. 3, 29.1.1951, Personalakt.

11 Durch die Übersiedlung habe sie von der Stadt Wien zu viel bezahlt bekommen, da sie zusätzlich einen ortsbezogenen Sonderzuschlag erhielt. Dies wurde 1944 entdeckt, sie sollte die zu Unrecht bezogenen 500 RM zurückzahlen, konnte den Fehler in der Berechnung aber aufklären und erhielt umgekehrt ein Guthaben von 250 RM.

12 Vgl. Lappin-Eppel 2023. In dem Beitrag „Ein Dorf hilft“ wird die Lage jener 23 jüdischen Zwangsarbeiter:innen dargestellt, die vom Durchgangslager Strasshof für Arbeitseinsätze nach St. Peter/Au gebracht wurden. Der Bürgermeister und die Zivilbevölkerung schufen vergleichsweise erträgliche Bedingungen für die Zwangsarbeiter:innen. Nach dem Ende des Arbeitseinsatzes im Spätherbst 1944 wurden sie nicht „rückgestellt“, was deren Deportation und Ermordung bedeutet hätte, sondern sie konnten teilweise in Verstecken in St. Peter/Au bis zur Befreiung überleben.

13 G. L. an die M.Abt. 3, 29.1.1951, Personalakt.

Diese Lebensgeschichte von Gertrud Lorenz wurde auf Basis des umfangreichen Personal- und Opferfürsorgeakts erstmals verfasst. Sie selbst starb kinderlos und mögliche Nachkommen des Bruders konnten nicht ausfindig gemacht werden. Die Biografie einer politisch engagierten katholischen Hauptfürsorgerin macht auf die vielfältigen Akteurinnen, deren Vorschläge und den Einsatz der katholischen Frauenbewegung gegen die Doppelverdienerverordnung aufmerksam. 1935 war Lorenz eine Rednerin bei der Tagung der ÖGBP, ein darüber hinausgehendes Engagement für diese eugenische Vereinigung ist nicht bekannt. Lorenz, die schon ab 1919 beim Jugendamt in der Zentrale gearbeitet hatte, erfuhr zweifach Zwangsmaßnahmen: 1938 zunächst eine berufliche Degradierung in Form einer Zwangsversetzung aus dem privilegierten Dienst in der Zentrale an ein BJA und 1939 wurde sie nach 20 Jahren ihrer vermeintlich sicheren Anstellung beraubt. Aus einigen Schreiben geht ihre persönliche Betroffenheit und Kränkung über ihre Zwangspensionierung hervor. Durch die Auflösung der katholischen Vereine, in denen sie zuvor tätig gewesen war, verlor sie die Möglichkeiten der Umsetzung ihres frauen- und sozialpolitischen Engagements. Ab 1940 arbeitete sie in ihrem erlernten Beruf als Lehrerin im niederösterreichischen St. Peter in der Au, wo sie bis zu ihrer dortigen realen Pensionierung blieb. Es dauerte Jahre, um den vermeintlich nicht gemeldeten Doppelbezug zwischen Wien und Niederösterreich zu klären. Lorenz wurde als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt und entsprechend entschädigt.

Literatur

- Abteilung Kinder- und Jugendhilfe OÖ (2019): 100 Jahre Kinder- und Jugendhilfe OÖ. Soziale Fürsorge und Kinderschutz im Wandel der Zeiten. <https://www.kjh-ooe.at/uploads/Downloads/Buch-100-Jahre-KJH-OOE.pdf>.
- Lappin-Eppel, Eleonore (2023): Ein Dorf hilft. Die Rettung ungarischer Jüdinnen und Juden in St. Peter in der Au (Niederösterreich). In: DÖW (Hg.), Wir hätten es nicht ausgehalten, dass die Leute neben uns umgebracht werden. Hilfe für verfolgte Juden in Österreich 1938–1945. Berlin: Lukas Verlag, 381–411.
- Schöffmann, Irene (1984): „... da es in Christus weder Mann noch Weib gibt“: eine historische Analyse des Geschlechterverhältnisses im Katholizismus am Beispiel der Katholischen Frauenorganisation im Austrofaschismus. In: Wiener Historikerinnen (Hg.), Die ungeschriebene Geschichte. Historische Frauenforschung; Himgberg/Wien: Wiener Frauenverl., 70–82.
- Veran, Traude (2012): Berta Pichl. Eine Frau zwischen den Zeiten. In: soziales_kapital 8. <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/230/392.pdf>.

Quellen

o. A. (1935): Kindernot und Familie, Neues Wiener Tagblatt (Tages-Ausgabe), 26.5.1935, 7. Opferfürsorgeakt, WStLA, M.Abt. 208, A36 Opferfürsorgeakten – Entschädigungen, Lorenz Gertrud.

Personalakt, WStLA, M.Abt. 202, A5 – Personalakten, 1. Reihe, Lorenz Gertrud.

Ständiger Ausschuss der katholischen Frauenberufsverbände: Zum Abbau verheirateter weiblicher Bundesangestellter (1933). In: Frauen-Kalender/Frauen-Jahrbuch 1935, 330-333.

Vereinigung katholischer Fürsorgerinnen und Sozialbeamtinnen Österreichs: Statuten, DAW, Ordinariatsakten, Vereine, 5385, 1933.